



Referat von David Roth, Präsident Juso, Vizepräsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Umgang der Schweiz mit Sans-Papiers ist menschenunwürdig. Sie leisten einen hohen Beitrag für den Wohlstand und die Wohlfahrt in der Schweiz. Gerade in den Bereichen Alten- und Krankenpflege sind die 70'000-180'000 Sans-Papiers für viele Menschen unverzichtbar geworden.

Ohne diese real existierende Nachfrage gäbe es nicht so viele Sans-Papiers, die hier ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Diese Nachfrage nach diesen Arbeitskräften muss legal befriedigt werden können. Die bürgerlichen Forderungen nach einer harten Hand in diesem Bereich sind in Anbetracht der Bedeutung der Sans-Papiers für die Wirtschaft nicht nur realitätsfremd sondern heuchlerisch – dies gilt umso mehr für die bürgerlichen Interessenvertreter jener Branchen, in denen die meisten Sans-Papiers arbeiten wie z.B. der Landwirtschaft und Gastronomie.

Viele dieser Menschen leben seit Jahren hier und sind teilweise bestens integriert. Gleichzeitig sind sie wegen ihrer fehlenden Aufenthaltsbewilligung völlig prekariert. Denn das Wissen aller Beteiligten, dass Sans-Papiers ihre Rechte nicht einfordern können, ohne damit ihre Existenzgrundlage zu gefährden, schafft einen idealen Nährboden für Ausbeutung.

Die Lösung dieses Problems kann nur eine Regularisierung der Sans-Papiers sein. Die heutige Härtefallregelung hat sich als untauglich erwiesen, da sie viel zu restriktiv ausgestaltet ist und den Kantonen grossen, zu Willkür tendierenden Spielraum lässt. Aus ihr resultierten nur gerade 2000 Regularisierungen. Im Moment politisch keine Chancen hat eine kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers. Zudem haben solche Amnestien eine wenig nachhaltige Wirkung. Die einzig sinnvolle Lösung ist eine grosszügig ausgestaltete Einzelfalllösung, die sich an klaren Kriterien orientiert. Diese sind:

1. 5 Jahre Anwesenheit ohne Papiere;
2. gute Integration;
3. kein Verstoss gegen die schweizerische Rechtsordnung (ausgenommen irregulärer Aufenthalt, Schwarzarbeit und Bagatelldelikte);
4. Willen zur Teilhabe am Wirtschaftsleben und zum Erwerb von Bildung;
5. Offenlegung von persönlichen und finanziellen Verhältnissen.

Für die SP ist klar, dass die Schweiz die Verantwortung trägt, dass alle Menschen in diesem Land menschenwürdig behandelt werden. Dieser Grundsatz gilt auch für Sans-Papiers. Dazu gehört, dass Sans-Papiers – und insbesondere auch ihre Kinder – zum Gesundheits- und Bildungssystem Zugang haben. Kinder, die für ihren Status noch viel weniger verantwortlich sind als deren Eltern, dürfen nicht um ihre Zukunft betrogen werden. Bestrebungen von bürgerlicher Seite, dass man den Eltern habhaft wird, indem Lehrer Schulkinder von Sans-

Papiers melden müssen sind zynisch und würden dazu führen, dass die Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken.

Der Zugang zur Bildung und zur Gesundheitsversorgung muss weiterhin möglich sein, ohne dass die Betroffenen riskieren, ausgewiesen zu werden. Dementsprechend muss es auch möglich sein, dass Sans-Papiers ihre Gesuche um Regularisierung ihres Status anonym einreichen können.

Abschliessend bleibt festzuhalten: Diese Menschen mögen sich zwar gemäss Gesetz illegal in der Schweiz aufhalten, das macht sie aber nicht zu Menschen ohne Existenzberechtigung.